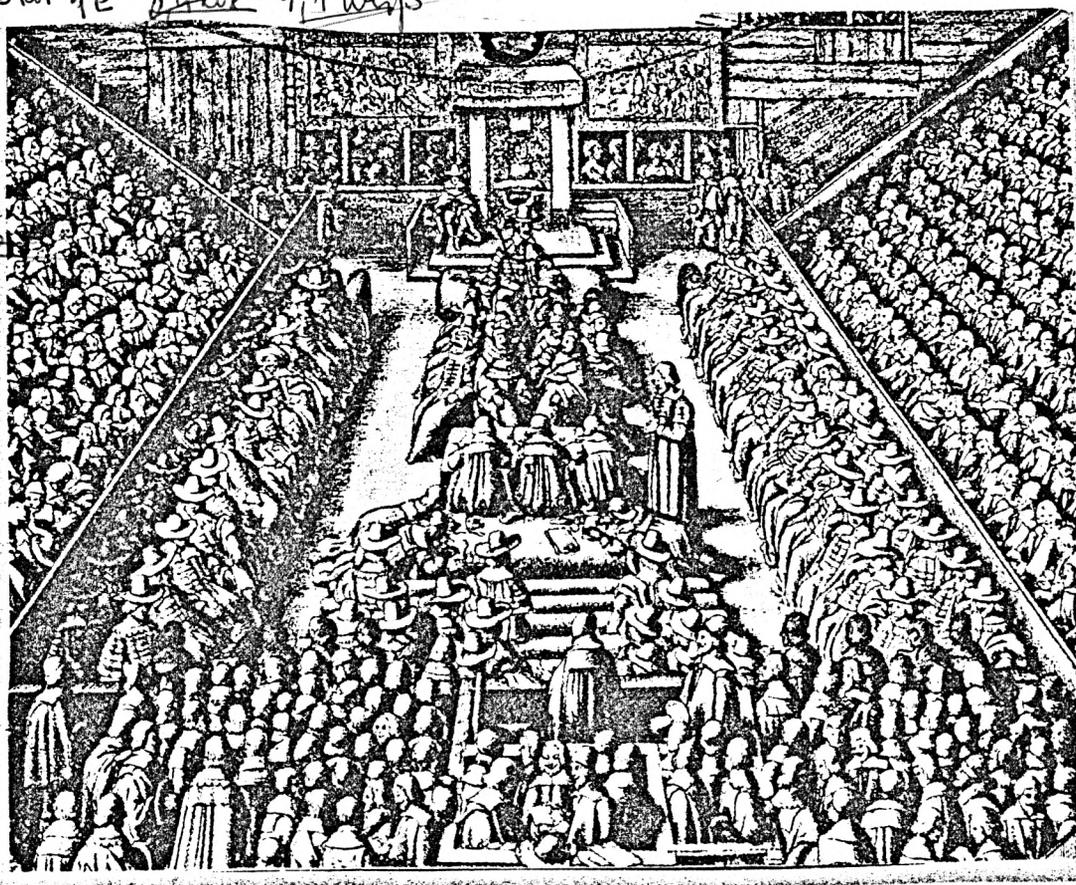


13.6.1978

## Wahl des Studentenparlaments und der Fachschaftsvertreter

19. bis 22. Juni 1978



INHALT:      Zur Wahl der Fachschaftsvertreter  
                 Who is who ?  
                 Verfassungsschutz in Bibliotheken  
                 Ökologie - Gruppe  
                 STATIK, ein Fortsetzungsroman

## Zur Wahl der Fachschaftsvertreter

Wer oder was ist die Fachschaft?

Mit seiner Immatrikulation in einen Fachbereich wird jeder Student zum Mitglied der Fachschaft, so daß alle Studenten der FB 13, 14 jeweils eine FS bilden. Die Fachschaften sind also keine politischen oder parteilichen Organisationen, sondern sie bieten ohne großartige oder folgenschwere Verpflichtung jedem Studenten den Rahmen, innerhalb der Hochschulen seine persönlichen Anliegen mit Kommilitonen zu diskutieren und gemeinsam die Lösung seiner Probleme anzugehen. Um einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch aller Studenten zu ermöglichen, treffen sich jeden Montag einige Kommilitonen im FS-Raum. An diesen Abenden wird hauptsächlich die Studiensituation und ihre Veränderungen besprochen. Diese Treffen sind für jeden Studenten die Anlaufstelle, um Kontakte aufzunehmen, seine konkreten Studienprobleme zu diskutieren, Vorstellungen von seiner Berufsausbildung umzusetzen etc. Innerhalb der FS können wir uns gegen die Verschlechterung und Verschärfungen der Studienbedingungen zusammenschließen und uns gegen sie zur Wehr setzen. Konkret bedeutet das, daß wir uns für einen Abbau des Leistungsdruckes und des Konkurrenzverhaltens einsetzen und gegen die Verschärfung der Prüfungsordnungen vorgehen. Erfolge konnten wir vor allem in Statik (vgl. Artikel in diesem Info) erzielen.

### Ziele der FS-Arbeit!

Außerdem müssen wir auf die Inhalte des Studiums Einfluß nehmen, so daß wir nicht verantwortungslos Betosilos à la Kranichstein in die Landschaft pflanzen. Gerade durch die Ausübung unseres Berufes nehmen wir in starkem Maße Einfluß auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der gesamten Bevölkerung. Deshalb darf unser Studium nicht unter rein fachlich, betriebsblinden Gesichtspunkten durchgeführt werden, sondern zum einen muß die Funktion des Ingenieurs in dieser Gesellschaft reflektiert und die Auseinandersetzung um die Berufssituation geführt werden. Zum anderen müssen die Ausbildungsinhalte daran orientiert werden, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern sind. Wir dürfen nicht zu "Rezepteanwendern" heranbilden lassen, die nur noch nach ökonomischen Gesichtspunkten ohne Rücksicht auf ihre Umwelt und die Bedürfnisse ihrer Mitmenschen arbeiten. In Zukunft soll vor allem die Umsetzung des HHG an den Hochschulen diese Ausbildung zum "Fachidioten" ermöglichen.

### Was bringt das HHG?

- mit der Regelstudienzeit und den dadurch erzwungenen Stundenplänen nimmt die Tendenz zur Verschulung des Studiums wesentlich zu; die Verwirklichung eigener Vorstellungen im Studium soll damit verhindert werden.
- Studienreform soll den Umfang der Lehrinhalte auf die vorgeschriebene Größe zurechtstutzen (egal wie) und die Ausbildung auf rein fachliche besser verwertbare Inhalte reduzieren.
- Dadurch werden Leistungsdruck und Konkurrenzverhalten unzumutbar erhöht.
- die Hochschulen werden verstärkt unter die Aufsicht des Staates gestellt und die hochschulinternen Entscheidungsprozesse der Kontrolle aller Betroffenen entzogen.
- die Entwicklung eines kritischen Denkens wird somit schon im Keim erstickt.

Die Wirkungen dieses Gesetzes sind schon jetzt bei der Diskussion um die Änderung der Studienordnung in den Fachbereichsräten zu erkennen.

## Wie können wir dieser Entwicklung entgegenwirken?

In Zukunft kommt deshalb der Studienreform größte Bedeutung zu. Konkrete Entscheidungen über die Gestaltung der zukünftigen Studiengänge und damit über die Qualifikation der Studenten fallen in den Fachbereichsräten. In ihnen können wir durch unsere Vertreter Einfluß nehmen und ein Gegengewicht zu der einseitigen Ausrichtung der Ausbildungsinhalte aufbauen, deren Beschneidung fachspezifisch-notwendigste eine konstruktive, verantwortungsbewußte Arbeit unmöglich machen wird. Es ist deshalb unbedingt notwendig, die studentischen Vertreter in die Diskussion innerhalb der FS einzubinden und sie durch Anregungen und Ideen zu unterstützen. Von den FS aus muß der Widerstand gegen die Umsetzung des HHG erfolgen, indem wir z.B. mit anderen Hochschulangehörigen gemeinsam diese einschneidenden Maßnahmen abzuwehren versuchen.

## Wer "versteckt" sich hinter den Listennamen?

In der Zeit vom 19.-22.6. finden an der THD Wahlen zum Stupa und zu den FS-Vertretungen statt, zu denen auch wir mit jeweils einer Liste kandidieren: im FB 13 unter dem Namen "Alte Fachschaftsgruppe", im FB 14 als "Initiativgruppe Bau". Die Kandidaten dieser Listen nehmen alle an den Montagssitzungen teil und versuchen, in der Diskussion z.B. ihr Verhalten in den FB-Räten mit den Interessen möglichst vieler Studenten in Einklang zu bringen, weil wir nicht stellvertretend für irgendwelche anonymen Studenten in Gremien oder als FS-Vertreter arbeiten wollen. Wir kandidieren nicht, um uns mit einem Titel dekorieren zu können, sondern um die Interessen der FS offiziell nach außen vertreten zu können. Damit demonstrieren wir unsere Bereitschaft, kontinuierlich an den Treffen der FS teilzunehmen und in einer Art offenen, leicht zugänglichen Arbeitsgemeinschaft konkrete Probleme anzugehen. Wir wollen vor allem durch Informationen und Nachrichten die spezifischen Entwicklungen an unseren Fachbereichen darstellen, mögliche Aktivitäten und Initiativen der Studenten unterstützen, eine Anlaufstelle für sie sein etc. In besonderen Maße werden wir uns im kommenden Semester den Studienanfängern zuwenden, um ihnen mit unseren Erfahrungen und Informationen bei der Bewältigung ihrer Studienprobleme zu helfen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu bieten, sich gegen die Studienverschärfungen (die sie viel stärker treffen) zu organisieren. Außerdem müssen wir die Zusammenarbeit und den Meinusaustausch der FS untereinander und mit dem ASTA verbessern. Dies kann z.B. durch eine verstärkte Teilnahme an den Treffen der FS-Vertreter und des ASTA (dem sog. FS-Vertreterplenium) geschehen.

Mit diesem Info wollen wir, das sind die Kandidaten der 2. Listen, euch zum einen unsere Vorstellungen von einer konstruktiven Fachschaft vermitteln. Zum anderen wollen wir euch von der Notwendigkeit und den Erfolgen einer Teilnahme an den Sitzungen der FS jeden Montag überzeugen. Wer Lust und Interesse hat, kann ja einmal Montags um 20.00 h im FS-Raum vorbeischaun!



# Who is who?

Bei den diesjährigen Wahlen für die Fachschaftsvertretung kandidieren in den Fachbereichen 13 und 14 jeweils zwei Listen: im FB 13 die "Unabhängigen" und die "Alte Fachschaftsgruppe" und im FB 14 die "Unabhängigen" und die "Initiativgruppe Bau".

Wer steckt nun hinter diesen Listennamen?

Die bisherige Fachschaftsvertretung in den beiden Fachbereichen, die sich jeden Montag mit allen Interessierten trifft, um über anstehende Studienprobleme zu diskutieren beabsichtigte bei dieser Wahl als "Fachschaftsliste" zu kandidieren. Nach der Abgabe der Listen wurde vom Wahlausschuß der Name jedoch nicht zugelassen, da jeweils auch noch eine zweite Liste kandidierte. Wegen der Kürze der Zeit (Telefonanruf, Entscheidung innerhalb 15 Min.) kam es daher zu zwei unterschiedlichen Namen in den beiden Fachbereichen, nämlich "Alte Fachschaftsgruppe" im FB 13 und "Initiativgruppe Bau" im FB 14. Wer allerdings in beiden Fällen hinter diesen Namen steht sind die Leute, die auch bisher schon die Fachschaftsarbeit getragen haben. Die Liste "Unabhängige" kandidiert in beiden Fachbereichen erstmals zu den Wahlen der Fachschaftsvertretung.

## Fachbereich 13

### Liste 1

*Kennwort: Unabhängige*

- 1 Habermehl, Klaus
- 2 Gehrmann, Peter
- 3 Göbel, Manfred

### Liste 2

*Kennwort: Alte Fachschaftsgruppe*

- 1 Schleyer, Andreas
- 2 Kiessling, Regine
- 3 Teutscher, Michael
- 4 Ewers, Heinrich-Paul

## Fachbereich 14

### Liste 1

*Kennwort: Unabhängige*

- 1 Engelhardt, Karl-Wilhelm
- 2 Dorn, Hubert
- 3 Messinger, Detlev
- 4 Fischer, Albert
- 5 Verheyen, Hubert

### Liste 2

*Kennwort: Initiativgruppe Bau*

- 1 Bohlen, Frank
- 2 Scheinig, Gisela
- 3 Walz, Wilfried
- 4 Muth, Gerhard

# Wie oft kontrolliert der Verfassungsschutz in öffentlichen Bibliotheken und Büchereien?

Nicht von einer erdachten, Groteske in Orwellschem Sinne ist die Rede, sondern von bundesdeutscher Realität.

Am 23. Oktober 1977 befaßte sich die Mitgliederversammlung des Vereins der Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken (VBB) auch mit diesem heißen Doppelthema: Dem wachsenden Druck vorwiegend konservativer Kräfte auf die Bibliotheken und der offenbar ebenfalls wachsenden Neigung des Verfassungsschutzes, Einblick in die Ausleihen zu nehmen, um die Leser bestimmter Literatur zu kontrollieren und so möglichen „Staatsfeinden“ oder gar „Sympathisanten“ von Terroristen auf die Spur zu kommen. Mit überwältigender Mehrheit wurde beschlossen, daß die Vereinsgremien sich mit Vorrang dieses Problems annehmen. Am 19. Dezember griff die Deutsche Bibliothekskonferenz auf ihrer Sitzung in Stuttgart dieses Thema auf und beschloß einstimmig, eine öffentliche Podiumsdiskussion über „Zensur und Selbstzensur“ zu veranstalten. Sie wird geleitet vom VBB-Vorsitzenden Karl-Heinz Prüve.

Etwa 20 konkrete Fälle politischen Drucks und versuchter Einflußnahme auf öffentliche Bibliotheken wurden 1977 registriert, „nur die Spitze eines Eisbergs“, wie ein namhafter Bibliotheksdirektor versichert. Vorwiegend ging es darum, die Ausleihe bestimmter „linksradikaler“ Bücher, aus der DDR beispielsweise oder auch aus der Volksrepublik China, sowie Zeitschriften wie den „Spiegel“ zu verhindern. In einigen Fällen paßte der jeweiligen Stadtverwaltung das ganze Gebaren der Bibliothek nicht, weswegen die Finanzmittel gekürzt oder kurzerhand Genehmigungspflicht für Buchanschaffungen verfügt wurden.

Der Verdacht, daß der Verfassungsschutz die Ausleihen von Bibliotheken und Büchereien kontrolliere, um „Verfassungsfeinden“ auf die Spur zu kommen, wurde zum erstenmal Mitte vergangenen Jahres öffentlich geäußert, als bekannt wurde, daß die Amerika-Gedenkbibliothek in West-Berlin, eine der größten Europas, die Entleiher „linksradikaler“ Bücher mit Namen, Buchtitel, Ausleihe- und Rückgabedatum auf Mikrofilm aufnehme. Diesen Verdacht wurde übrigens von Bibliothekaren und dem Personalrat der AGB geäußert. Die Direktion bestritt ihn energisch als „Verfolgungswahnidee“ und beteuerte, der Verfassungsschutz habe nie die Mikrofilme einsehen wollen, man hätte ein solches Ansinnen auch prompt zurückgewiesen. Die Mikrofilmaufnahmen dienten ausschließlich „dienstlichen Zwecken“, doch wurden diese „dienstlichen Zwecke“ nie näher erläutert. Nachweislich falsch erwies sich zumindest die Versicherung der Bibliotheksleitung, die Filme würden absolut sicher verwahrt. Ein Rundfunkreporter machte die Probe aufs Exempel, ging ungehindert in den Aufbewahrungsraum, griff sich einen Karton Mikrofilme, verließ die Bibliothek und brachte ihn nach geraumer Zeit ebenso ungehindert wieder zurück.

In Kreisen des VBB jedenfalls ist man überzeugt, daß der Verfassungsschutz Zugang zu diesem brisanten Material gehabt hat. Im übrigen verweisen maßgebliche Bibliothekare darauf, daß die in einer Bibliothek anfallenden Daten vom Datenschutzgesetz nicht erfaßt werden, ebenso wenig wie die des Postzustellungsdienstes. Sie könnten ungehindert weitergegeben werden. Mancher Beamtenanwärter ist schon beim „Einstellungsgespräch“ mit der ihn überraschenden Frage konfrontiert worden: „Sie lesen doch den Extra-Dienst, nicht wahr?“

Und waren nicht schon 1976, im Zuge der Fahndung nach den Mördern des Berliner Kammergerichtspräsidenten von Drenckmann, zwei Verfassungsschützer in der Bibliothek der Freien Universität erschienen? Der FU-Präsident ließ natürlich abwiegeln. Die Herren wollten keinesfalls kontrollieren, „welche Literatur von Studenten ausgeliehen wird“, vielmehr hätten sie sich lediglich erkundigt „nach den Buchausleihemodalitäten und darüber, ob eine Kontrolle der Identität der Personen, die Bücher ausleihen, durch Vorlage des Personal- bzw. Studentenausweises stattfindet“.

Eine dürftige Erklärung, denn wie sollen Angestellte bei einem solchen Massenbetrieb die Identität von Staatsfeinden feststellen? Daß Bücher einer Universitätsbibliothek nur an Benutzungsberechtigte ausgeliehen werden, die sich als solche ausweisen, ist ohnehin üblich. Weshalb aber interessiert sich der Verfassungsschutz für einen solchen rein betriebsinternen Vorgang? Zur Ehrenrettung des FU-Präsidenten sei auf einen Augenzeugen verwiesen, demzufolge die beiden Herren des Verfassungsschutzes seinerzeit „hinausgeworfen“ worden seien.

Wenn auch im Fall der Amerika-Gedenkbibliothek trotz erheblicher Zweifel und großer Wahrscheinlichkeit eine Kontrolle der Entleiher und damit Leser bestimmter politischer Literatur durch den Verfassungsschutz nicht erwiesen ist, so gibt es doch andere konkrete Fälle und Beweise.

Fall 1: Ein Benutzer der Bibliothek der Stadt X, der mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft den Terroristen Günter Sonnenberg in der Strafanstalt besucht und mit ihm gesprochen hatte, fertigt ein Gedächtnisprotokoll an und fotokopiert es mehrmals. Eine solche Fotokopie wird im Lesesaal der Bibliothek gefunden, der Besucher Sonnenbergs hatte es dort vergessen. Auf der Rückseite eines der Blätter steht ein Name, vom Stammheim-Besucher ohne jeden Bezug zu seinem Gespräch mit Sonnenberg notiert, möglicherweise als Gedächtnisstütze. Zu seiner großen Überraschung und zur noch größeren des Trägers jenes notierten Namens schaltet sich der Verfassungsschutz ein und nimmt den „durch puren Zufall Notierten“, wie der Sonnenberg-Besucher beteuert, eindringlich unter die Lupe. Seitdem macht er sich berechnete Gedanken darüber, wie er wieder aus der Kartei des Staatsschutzes getilgt werden könnte.

Wie gelangte das Gedächtnisprotokoll aus dem Lesesaal der Bibliothek an den Staatsschutz? Mag die Erklärung nahe liegen, daß eifrige Bibliotheksangestellte den Verfassungsschutz eingeschaltet haben, so ist der Fall 2 schon bedenklicher:

Ein drogenabhängiger Jugendlicher in der Stadt Y erhält Besuch von der Kripo. Die sucht nach Rauschgift und findet auch prompt welches: Bücher, genauer „linke“ Bücher, oder was Kripo-Beamte so dafür halten. „Die Rosenhofstraße“ beispielsweise war darunter, verfaßt von dem bekanntesten kommunistischen Romancier Willi Bredel in der Weimarer Republik, ferner der vietnamesische Erzählband „Kämpfendes Saigon“, dann Graham Greene und — sinnigerweise — George Orwells „1984“.

Da außerdem, wie der Privatdetektiv des besorgten Vaters der Freundin des jungen Mannes herausfand, ein Freund des Verdächtigen Kommunist war, gab die Kripo den Fall an den Verfassungsschutz weiter. Der ging — wie selbstverständlich — in die Bibliothek und ließ sich zeigen, welche Bücher der Jugendliche im Laufe der Zeit ausgeliehen hatte. „Wir wollten ermitteln, ob er sich auch für weitere Bereiche interessiert“, lautete die lakonische Begründung. Die Rechtsanwältin des jungen Mannes legten Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die Beamten und gegen den Bibliotheksdirektor ein.

Fall 3: Eine junge Zahnärztin in der Stadt Z gerät aus ihr unerfindlichen Gründen in die Kartei des Verfassungsschutzes. Dessen Beamte sprechen im Zuge ihrer Ermittlungen ebenfalls bei der Ausleiher der Bibliothek vor und lassen sich den Computerausdruck mit den entliehenen Buchtiteln der jungen Frau geben. Sie finden vorbehaltlose Unterstützung, das EDV-Personal der Bibliothek ist sogar mit Feuereifer bei der „Fahndung“ dabei und rückt alle gewünschten Daten heraus. Die Direktion der Bibliothek war in diesem Falle nicht informiert worden, die Herren vom Verfassungsschutz hatten sich gleich an die zuständigen Personen gewandt.

Auch diese in „Bibliothekarskreisen“ bekanntgewordenen und vielskizzierten Fälle „sind nur die Spitze eines Eisbergs“, versichert der bereits zitierte Bibliotheksdirektor. Wird der Verfassungsschutz auch vorbeugend aktiv? „Nach meiner Überzeugung ja!“ sagte er, wobei es starke Anhaltspunkte dafür gebe, daß sowohl die „Biographie“ des Buches als auch die des Entleihers verfolgt und kontrolliert würden, also entweder der Weg einer Schrift oder — im Wortsinne — der eines verdächtigen Lesers. Wie weit sich diese dubiose Praxis bereits etabliert hat, zeigt die Empfehlung des Bibliothekarstages des Verbandes Deutscher Bibliothekare (VDB) 1976 in Münster: „Risikobücher“ sollten nicht mehr ausgeliehen werden. Auch bei den im VDB zusammengeschlossenen wissenschaftlichen Bibliothekaren wächst die Befürchtung, daß „Risikobücher“ der Bibliothek Ärger mit den Staatsschutzorganen und dem Benutzer den Verdacht einbringen, nicht so fest auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen.

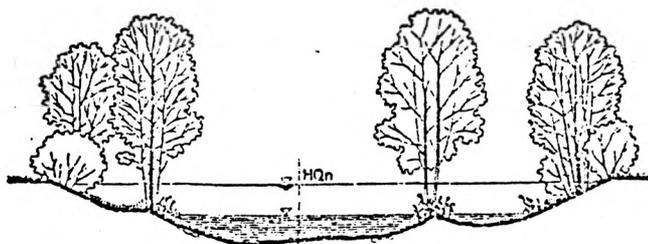
In einer „Diskussionsgrundlage“ für den Bibliothekskongreß 1978 in Stuttgart erklärte die Mitgliederversammlung des VDB-Landesverbandes Bremen, in den vergangenen Jahren mehrten sich die „Anlässe, die befürchten lassen, daß einer faktischen Einschränkung der Garantie des Art. 5 GG der Weg bereitet wird; hierzu gehören: behördlich verfügt und gesetzgeberische Maßnahmen (zuletzt 14. Strafrechtsänderungsgesetz; insbesondere Einfügung der §§ 88a und 130a) sowie richterliche und höchstrichterliche Entscheidungen, die schon jetzt eine schleichende Selbstzensur in Bibliotheken fördern“. Der Bibliothekarstag 1977 in Bremen hatte bereits alle Bibliothekare aufgefordert, die Entwicklung aufmerksam zu verfolgen und alle Vorfälle, die eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bewirken könnten, den Vereinsvorständen zu melden.

Auch auf dem Frankfurter Treffen des Vereins der Bibliothekare an öffentlichen Bibliotheken wurde festgestellt, daß die Entleiher bestimmter linker Literatur teuer zu stehen kommen könne. Wie der VDB zeigte sich auch der VBB zutiefst besorgt darüber, daß die grundsätzlich garantierte Informationsfreiheit durch derlei Praktiken eines fehlerstandenen Staatsschutzes ausgehöhlt würde, noch mehr aber dadurch, „daß viele schon Selbstzensur üben und nicht mehr den Mut haben, sich zu informieren“.

Die Bibliothekare wollen jetzt an die Öffentlichkeit treten. Sie glauben, über genügend Indizien zu verfügen, die — abermals — eine erschreckende Entwicklung belegen, zumindest ankündigen. Denn der Griff nach dem gedruckten Wort, damit nach der Meinungsfreiheit, ist ja nur ein Symptom für die Demontage des Rechtsstaates. „Es ist wieder einmal Zeit, Widerstand zu leisten“, sagt ein Büchereidirektor, „es mückt keiner mehr auf, das ist ja das Irre.“

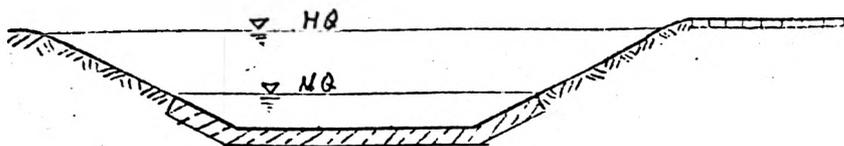
FR 30.3.78  
(gekürzt)

## Biologischer Bach- und Flußverbau



contra

Massivbefestigtes  
Fließgewässer



## Ökologie - Gruppe

Einige von Euch werden sich sicher noch an den Dia-Vortrag "Ingenieurgerechte Problemlösung oder Spielerei für Gartenfreaks" erinnern, der im Rahmen unserer Fachschaftsveranstaltungen im letzten Semester stattfand. Hier wurde anhand einiger Beispiele gezeigt, wie Bäche von Wasserbauern verunstaltet wurden und noch werden. Kern des Vortrags war, daß ein Bach, nach einem sogenannten wasserbaulichen Eingriff, vollkommen aus seinem natürlichen Gleichgewicht gebracht und so seiner Funktion als Erholungs- und Lebensraum für Mensch und Tier nicht gerecht werden kann. In der anschließenden Diskussion zeigte sich dann, daß Wasserbauingenieure nicht entsprechend ausgebildet werden, um ein Gewässer sinnvoll, so daß es auch seinem natürlichen Zweck dienen kann, auszubauen.

Daraufhin haben sich dann ein paar Leute zusammengetan und treffen sich jetzt Montags um 18.00 Uhr im Fachschaftsraum. Ziel der Ökologie-Gruppe ist es, Gewässer als ökologisches System zu begreifen und sich die Kenntnisse anzueignen, die nötig sind, um ein Gewässer natürlich auszubauen, wenn es erforderlich ist.

Soweit die Theorie. In der Praxis sieht das so aus, daß die Ökologie-Gruppe im Moment eine Bürgerinitiative in Höchst/Odenwald unterstützt, die sich dagegen wehrt, daß die Mümling, der Bach, der durch Höchst fließt, kanalisiert werden soll. Bei einer Veranstaltung des Bundes für Umwelt und Naturschutz in dieser Stadt stellten sich die Behörden, die für diesen geplanten "Ausbau" verantwortlich sind, zur Diskussion. Die Kritik an dieser Planung und die gleichzeitig gezeigte Alternative eines natürlichen Verbaues fand bei den Veranstaltungsteilnehmern regen Anklang.

Das nächste Ziel ist ein Entwurf, bei der ein Bach natürlich ausgebaut werden soll. Die Realisierung dieses Projektes ist für das Frühjahr 1979 vorgesehen, wenn die Hessische Gesellschaft für Vogelschutz und Ornithologie bei ihrem Versprechen bleibt und 20000 DM bereitstellt für diesen Ausbau. P.S. Die Ökologie-Gruppe trifft sich jeden Montag um 18.00 Uhr im Fachschaftsraum ( 11/52a). Interessenten sind eingeladen mitzumachen.

DARMSTÄDTER ECHO 21.3.78

# Wasserbauer planen neue Schandtat

## Mümling zwischen Etzen-Gesäß und Mümling-Grumbach soll reguliert werden

Im Odenwald bereiten Wasserbauer eine neue Schandtat vor. Die Mümling zwischen Etzen-Gesäß und Mümling-Grumbach soll in ein neues reißbrettgerechtes Bett gelegt werden. „Die Planung sieht ein Regelausbauprofil mit sieben Meter Sohlbreite und Böschungen 1:2 vor“, heißt es im Ausbauentwurf des Ingenieurbüros für Wasserwirtschaft, H. Krimmelbein. Weiter ist zu sehen, daß Sohle und Böschung über vier Meter mit Wasserbausteinen befestigt werden, ein starker Mäander verschwinden wird. Was das bedeutet ist klar: um die angestrebte Sohlbreite des Flusses und den gewünschten Böschungswinkel zu realisieren, wird die Flußlandschaft arg mißbraucht. Ein fast zwanzig Meter breiter Kanal wird künftig durch die Wiesen zwischen den beiden Odenwaldorten führen. Da zudem an beiden Ufern teilweise noch Wege vorgesehen sind, werden alle Sträucher, das Gebüsch und die Bäume, die in den Ausbaubereich fallen, verschwinden. Auch allem anderen Gehölz, das den Baumaschinen, die ja in und an den Fluß müssen, im Wege steht, wird der Garaus gemacht. Und wer gesehen hat, wie rücksichtslos an der Baustelle mit dem Uferbewuchs umgegangen wird, weiß, wie wenig von der jetzigen Uferlandschaft übrigbleiben wird. Auch wird gewachsener Boden im Flußbett verschwinden, wo er dem Ausbauprofil im Wege ist, die Selbstreinigungskraft des Wassers verschlechtert.

### Gefahren der Regulierung

Muß man denn immer wieder, so wie beim für die Naturschützer erfolgreichen Kampf gegen die Regulierung der Gersprenz bei Brensbach, darauf hinweisen, wie kurzfristig, unnötig, zerstörerisch Flußregulierungen sind?

Wollen die Verantwortlichen nicht begreifen, daß Eingriffe in die Flußuferlandschaft das dort herrschende ökologische Gleichgewicht zerstören, mit all den negativen Folgen auf die Gesundheit der gesamten Landschaft?

Zudem bewirken Flußausbau und -beradigung eine höhere Fließgeschwindigkeit des Wassers. Folge ist ein sinkender Flußwasserstand. Haben die Wasserbauer im Odenwald noch nichts von der Erkenntnis des Umweltministers gehört, daß die Parole „Wasser so schnell wie möglich weg“ nun so schnell wie möglich vergessen werden soll? Wegen der bedrohlichen Grundwassersenkung im Ried sollen mit vielen Millionen Mark Pumpwerke am Rhein gebaut werden, um mit Rheinwasser die ausgetrocknete Landschaft im Ried zu retten. Obwohl feststeht, daß Flußregulierung Grundwasser sinken läßt, sollen aber die Flüsse weiter zerstört werden. Das ist nicht nur eine Riesendummheit, sondern die Verschleuderung von Millionen Mark Steuergeldern. Die jetzt geplante Regulierung auf dem nur etwas mehr als einen Kilometer langen Flußlauf kostet beispielsweise rund 350 000 Mark.

Als Grund für die unsinnige Baumaßnahme wird die drohende Hochwassergefahr vorgeschoben. Diese Ausrede haben sich die Politiker und Behörden selbst besorgt, die sie den Landgraben, der einst bei Etzen-Gesäß und Mümling-Grumbach parallel zur Mümling lief, im Rahmen von Flurberreinigungsmaßnahmen zuschütteten.

Das Wasser, das dort floß, muß nun die Mümling zusätzlich aufnehmen. Ein schädlicher Eingriff in die Landschaft soll nun einen zweiten nach sich ziehen. Doch es könnte auch anders gehen. Auch bei einer naturgerechten Beibehaltung des Bachlaufes kann man Schutz gegen Hochwasser erreichen. Beispiele gibt es genug.

### Starre Regeln vergessen

Solange Wasserbauer aber nur mit ihren statistischen Daten, dem Regelquerschnitt, der das schlimmste Hochwasser in hundert Jahren ins Auge faßt, an einen Flußausbau herangehen, wird der Fluß immer ihr Opfer sein. Da werden immer Sträucher und

Bäume fallen, denn nur die Sohlbreite und der Böschungswinkel zählen. Und die Technokraten spüren noch nicht einmal den Konflikt, die Landschaft zu vergewaltigen, zu zerstören, denn ihr Gewissen ist ja rein. Sie wenden ja nur das an, was sie einmal gelernt haben.

Erst dann wird der Fluß als lebendes Wesen, als funktionierendes Ökosystem respektiert, wenn man auf die Situation am Ort eingeht, starre Regeln vergißt. Das könnte heute schon so sein, denn laut Landschaftspflegengesetz sollen Flußausbauten nur in Zusammenarbeit zwischen qualifizierten Landschaftsarchitekten, Klimatologen und Fachleuten auf dem Sektor des Vogelschutzes, der Fischerei, der Limnologie, der Geologie, der Bodenkunde geschehen. Doch das steht leider nur auf dem Papier, wird nicht praktiziert.

Aber das Bewußtsein in der Bevölkerung für eine gesunde Natur wächst. Das zeigte der starke Protest gegen den Gersprenzausbau. Der Protest gegen Pläne, die Mümling zu mißhandeln, wird mindestens ebenso kräftig sein.

Egbert Braun

# STATIK

EIN FORTSETZUNGSROMAN



Bis zum Herbst 1977 hatten sich die Prüfungsanforderungen im Nebenfach (NF) STATIK wie folgt ständig verschlechtert:

1. Von ursprünglich 4 Prüfungsterminen über 3 auf zuletzt nur noch 2 Termine.  
Dazu muß man wissen, daß das NF STATIK n i c h t austauschbar ist und jeder durch diesen Engpaß durch muß. Es konnten im Herbst 1977 dadurch ca. 15 Studenten ihre Diplom-Hauptprüfung nicht beginnen.
2. Zeitliche Verlängerung der NF-Prüfung STATIK von ca. 2 Stunden im Jahre 1974 auf über 3 Stunden im Jahre 1977, und damit verbunden nicht mehr Zeit für gleichschwere Aufgaben, sondern mehr und schwierigere Aufgaben, so schwierig, daß
3. Von ca. 120 Studenten, die im SS 77 mitgeschrieben haben, nur 97 abgegeben haben. Von diesen 97 haben ganze 28 bestanden. Es wurde dann errechnet, daß "nur" 71 % durchgefallen waren. Ausgangspunkt waren bei dieser Rechnung allerdings die 97 Leute.
4. Es wurde daraufhin von den Statikern der Versuch gemacht, schon 2-mal Durchgefallenen eine Pflichtanwesenheit bei den Übungsstunden des laufenden Semesters aufzuerlegen. DAS WAR DER GIPFEL !  
Nachdem es für uns Studenten also unerträglich wurde (für manche bedeuten diese Verschärfungen ein verlängertes Studium von einem, zwei oder gar drei Semestern; wer kann das zu Hause klar machen, wenn es um die Finanzierung des Studiums geht; BAFÖG-Leute sind da besonders schlecht dran) haben wir die Initiative ergriffen und den beiden Fachbereichsräten (FBR) 13 und 14 folgende Anträge zur Beratung bzw. zur Beschlußfassung vorgelegt:
  1. Der FBR fordert das Fachgebiet (FG) STATIK auf wieder 4 Prüfungstermine pro Jahr anzubieten und zwar jeweils zu Beginn und am Ende der vorlesungsfreien Zeit.

Es hatte, wie wir schnell erfahren mußten keinen Zweck in den FBR über diese Anträge abstimmen zu lassen, da einem Prüfer diesbezüglich keinerlei Vorschriften - auch nicht vom FBR- gemacht werden können. Der Prüfer muß sich allerdings an die Prüfungsordnung halten; Dort sind 2 Prüfungstermine pro Jahr vorgeschrieben.

Die Devise hieß also: mit Schardt reden und verhandeln. Das wurde vorher von einigen Leuten im Alleingang versucht und brachte überhaupt nichts. Die Hoffnung war also gering.

Es wurde dementsprechend unserer Forderung anstatt 2 wieder 4 Prüfungstermine anzubieten nicht stattgegeben. Die Begründung war: Personalmangel.

Vielleicht kann das FG STATIK einmal über Rationalisierungsmöglichkeiten derart nachdenken, daß ein Teil der Arbeit delegiert wird, z.B. ist es nicht erforderlich, daß ein ausgebildeter Ingenieur die Namensschilder (mit Schreibmaschine geschrieben) an die entsprechenden Sitzplätze klebt. Sitzplatzordnung mit Plan (vom AUDI MAX) mit Nr. und nochmals eine besondere Liste.

Oder, daß die Durchfallquoten nicht unmenschlich hoch festgesetzt werden; Diese Durchfaller müssen mindestens noch einmal mitschreiben. Die Nachsitzer sollten eine besondere Betreuung erhalten. Entweder ist doch genügend Personal da, oder das laufende Semester wäre benachteiligt gewesen, wenn diese Regelung (siehe Pkt 4.) durchgesetzt worden wäre.

Die Zeit fürs Korrigieren ist von der Anzahl der Prüflinge und nicht von der Anzahl der Prüfungstermine abhängig. Das einzige wobei Zeit gespart wird, ist, daß weniger Prüfungsaufgaben ausgearbeitet werden müssen. Diese Zeit läßt sich aber durch oben genannte Maßnahmen erwirtschaften, WENN MAN WILL.

#### Unser 2. Antrag lautete:

2. Der FBR fordert das FG STATIK auf, die Prüfungsmodalitäten im NF STATIK wie folgt zu ändern:

a. Vorherige Bekanntgabe der Dauer der Klausur

DIESE FORDERUNG WURDE VOLL ERREICHT !

b. Ausgabe aller Aufgaben zu Beginn der Klausur

Hierbei ist bisher noch keine Reaktionen die vernünftig wäre erfolgt, bis auf die Zusage, daß die "große" Aufgabe nun nicht mehr zuerst, sondern zuletzt ausgegeben wird, dafür werden die beiden "kleinen" Aufgaben zuerst zum Bearbeiten freigegeben.

c. (Vorherige) Bekanntgabe der Punktzahl für jede einzelne Aufgabe.

DIESE FORDERUNG WURDE EBENFALLS VOLL ERREICHT !

3. Der FBR fordert das FG STATIK auf, keine zusätzlichen Vorleistungen für Durchgefallene einzuführen.

Dieses Problem löste sich Gott sei Dank in Luft auf, als diese Frage auf Hochschulebene durch einen Juristen derart geklärt wurde, daß nach der Prüfungsordnung solche zusätzlichen Leistungen für Durchgefallene nicht zulässig sind. Daran erkennt man aber, daß selbst gesetzesähnliche Schranken kein Tabu für solche Leute sind.

Jeder kann also die NF-Prüfungen, auch anderer Fächer, sooft wiederholen bis er es geschafft hat.

Ein zusätzlicher Erfolg ist es, daß die NF-Prüfung STATIK in diesem Frühjahr 1978 "nur" noch eine Durchfallquote von ca. 30 % hatte, Da's ist auch noch hoch genug und darf auf Dauer nicht hingenommen werden. 30 % müssen überall eine obere Ausnahme sein.

Noch ein ERFOLG studentischer Selbsthilfe:

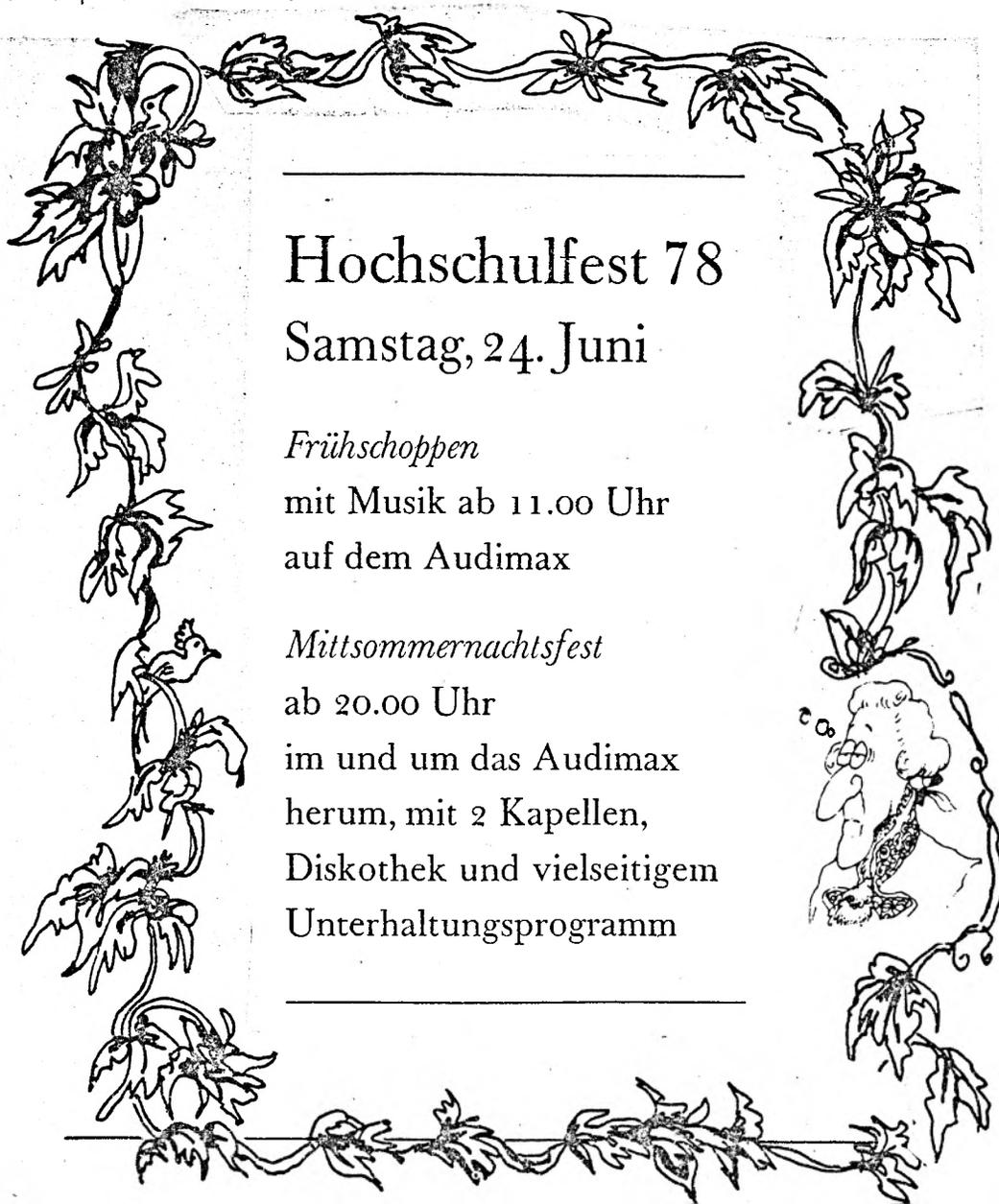
Bei der Statik-Misere haben die Studenten des Arbeitssaales im Statik/Stahlbau-Gebäude zum 1. Mal ein einwöchiges

REPETITORIUM  
=====

organisiert und durchgeführt. Es war sehr gut besucht ca. 40 Leute. Meist von Studenten, die die STATIK-NF-Prüfung ein oder mehrmals nicht bestanden haben. Für diese war es auch in erster Linie gedacht. Nach Herumhören war die Erfolgsquote beachtlich. Eine Statistik gibt es leider nicht.

Es kann aber nicht erwartet werden, daß so auf Dauer die Versäumnisse des FG Statik auf dem Rücken in diesem Fall der Statik-Vertiefer ausgeglichen werden.

Es muß eine vernünftige, didaktisch gute Lehre her und außerdem sinnvolle Übungen wo klar erkennbar ist, daß die Studenten den Stoff kapiert haben.



---

## Hochschulfest 78

Samstag, 24. Juni

*Frühschoppen*

mit Musik ab 11.00 Uhr  
auf dem Audimax

*Mittsommernachtsfest*

ab 20.00 Uhr  
im und um das Audimax  
herum, mit 2 Kapellen,  
Diskothek und vielseitigem  
Unterhaltungsprogramm

---